WAHLPRÜF-STEINE

LANDTAGSWAHL BADEN-WÜRTTEMBERG 2026
WAHLKREIS 56: KONSTANZ

SEEBRÜCKE
KONSTANZ

NESE ERIKLI
Bündnis 90/Die Grünen (S. 3)

ANDREA GNANN
Christlich Demokratische Union (CDU) (S. 11)

LARS HOFMANN
Die Linke (S. 21)

FRANK ORTOLF
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) (S. 30)

YANNICK FIECHTNER
Volt (S. 39)

NESE ERIKLI

Bündnis 90/Die Grünen

SEEBRÜCKE
KONSTANZ

NESE ERIKLI
Bündnis 90/Die Grünen

1. KRIMINALISIERUNG DER SEENOTRETTUNG

A) Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sind die Einzigen, die im Mittelmeer Menschen vor dem Ertrinken retten. Ihre Arbeit wird aber seit Jahren kriminalisiert und behindert. Wie stehen Sie und Ihre Partei hierzu?

B) Im November 2025 hat die Bundesregierung die Verlängerung des sogenannten Irini-Mandats um ein weiteres Jahr beschlossen. Die künftige Unterstützung und Ausbildung der libyschen Küstenwache durch die Bundeswehr werden darin nicht ausgeschlossen. Wie stehen Sie und Ihre Partei – besonders im Hinblick auf die teils brutale Gewalt der Küstenwache gegen Geflüchtete und Seenotretter*innen – zur Kooperation Deutschlands und der EU mit der libyschen Küstenwache?

Wir Grüne wollen unserer globalen, humanitären und historischen Verantwortung gerecht werden: Ein starkes, wohlhabendes Europa muss offen sein für die, die Schutz suchen. Menschenrechte sind universell gültig und schützen auch Menschen auf der Flucht. Einer Kriminalisierung der Seenotrettung stellen wir uns deshalb entschieden entgegen. Wir müssen zudem legale Wege nach Europa eröffnen, Kooperationen mit den betroffenen Ländern in Nordafrika eingehen und sicherstellen, dass dabei die Menschenrechte gewahrt werden.

Seit Jahren steht das Verhalten der libyschen Küstenwache in der Kritik. Sie wird für schwerste Menschenrechtsverletzungen und Korruption verantwortlich gemacht. Die Ampelregierung hatte deswegen nicht nur die Seenotrettung finanziell besser ausgestattet, sondern auch die Unterstützung der libyschen Küstenwache explizit aus dem Mandat gestrichen. Die jetzige Bundesregierung hat die umstrittene Ausbildung der libyschen Küstenwache wieder in den Mandatstext aufgenommen. Angesichts systematischer Verbrechen gegen Flüchtende und Migrant*innen in Libyen ist die Mission menschenrechtlich problematisch. Es braucht ein klares Mandat für die Seenotrettung.

NESE ERIKLI
Bündnis 90/Die Grünen

2. THEMA LANDESAUFNAHMEPROGRAMM

A) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu Landesaufnahmeprogrammen für die Aufnahme der Menschen von den europäischen Außengrenzen in Baden-Württemberg?

B) Falls Sie für weitere Landesaufnahmeprogramme sind: Würden Sie eine Koalition mit einer Partei eingehen, die gegen Landesaufnahmeprogramme ist und wenn ja, wie würden Sie mit dieser Meinungsverschiedenheit umgehen?

Für die Einreise ins Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ist der Bund zuständig. Ein Landesaufnahmeprogramm an den europäischen Außengrenzen ist nicht geplant. Selbst wenn ein Land ein solches Programm beschließt, kann dieses dann erst umgesetzt werden, wenn die Bundesregierung dem auch zustimmt. Das ist derzeit unrealistisch. Bei der Verteilung Geflüchteter setzen wir auf einen geordneten und fairen Mechanismus und nicht auf nationale Alleingänge.

Wir haben in der Vergangenheit bereits erfolgreich als Grüne ein eigenes Landesaufnahmeprogramm aufgelegt und durchgeführt: Baden-Württemberg hat über 1.000 jesidische Frauen und Kinder aus dem Nordirak aufgenommen. Für die sich noch dort befindlichen Ehemänner und Kinder dieser Frauen möchten wir in der kommenden Legislaturperiode ein weiteres Sonderkontingent einrichten.

NESE ERIKLI
Bündnis 90/Die Grünen

3. AUFNAHMEBEREITSCHAFT DER KOMMUNEN

A) Wie möchten Sie und Ihre Partei konkret das Engagement und die Aufnahmebereitschaft der vielen Kommunen als Sichere Häfen unterstützen und Rahmenbedingungen für eine eigenständige kommunale Aufnahme schaffen?

B) Wie werden Sie und Ihre Partei mit Forderungen aus der Zivilbevölkerung für eine zusätzliche Aufnahme von Schutz suchenden Menschen umgehen?

Wir unterstützen alle Kommunen im Land bei der Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen. Dies ist nicht beschränkt auf Kommunen, die Teil des Bündnisses „Sicherer Hafen“ sind. Dazu gehören zum Beispiel über 1.000 Integrationsmanager*innen in allen 44 Stadt- und Landkreisen, die Geflüchteten helfen, bei uns anzukommen. Baden-Württemberg ist dank uns das erste Bundesland, das ein landesweites Integrationsmanagement etabliert hat. Wir haben auch das Modellprojekt „BW schützt!“ ins Leben gerufen, mit dem wissenschaftlich fundiert und niedrigschwellig traumatisierte Geflüchtete im ganzen Bundesland unterstützt werden. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir dieses Projekt weiter ausbauen. Daneben wird der Flüchtlingsrat BW, der das Bündnis „Sicherer Hafen“ zusammen mit der Seebrücke koordiniert, vom Land jährlich mit 380.000,00 € finanziell unterstützt. Diese Unterstützung wollen wir fortführen und ausweiten.

Wir Grüne machen uns auf Bundesebene dafür stark, dass Bundesländer und Kommunen mehr Möglichkeiten bei der Aufnahme von Menschen in Notsituationen erhalten.

NESE ERIKLI
Bündnis 90/Die Grünen

4. SICHERE BLEIBEPERSPEKTIVEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

A) Wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg sichere Bleibeperspektiven für Schutz suchende Menschen gewährleistet werden können?

B) Wie möchten Sie oder Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die aktuellen Bleiberechtsoptionen verbessert werden?

Wer hier lebt, gut integriert ist und keine schweren Straftaten begeht, darf nicht abgeschoben werden. Ein großes Problem der aktuellen Migrationspolitik ist, dass wir die falschen Menschen abschieben. Wir schieben die ab, die sich an die Regeln halten, weil man sie leichter zu fassen bekommt. Wir wollen deshalb die Spielräume des Aufenthaltsgesetzes zugunsten des Bleiberechts nutzen. Gerade die Menschen, die die Schule besuchen, eine Ausbildung machen oder schon in Betrieben arbeiten, sollen schnell eine sichere Perspektive erhalten.

Es ist allerdings auch klar: Wer kein Aufenthaltsrecht und keine Bleibeperspektive hat und bei wem keine Abschiebehindernisse, wie Gefahr für Leib oder Leben im Aufnahmestaat, entgegenstehen, muss unser Land verlassen. Es ist uns wichtig, dass geflüchtete Menschen schneller Klarheit und Sicherheit über ihre Bleibeperspektiven erhalten.

NESE ERIKLI
Bündnis 90/Die Grünen

5. GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE GEFLÜCHTETER MENSCHEN

A) Wie kann die gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten Menschen verbessert werden (z. B. Zugang zu Wohnraum, Bildungschancen, Arbeit und Ausbildung)?

B) Wie möchten Sie und Ihre Partei die Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe unterstützen?

Wenn Menschen zu uns kommen, wollen wir ab dem ersten Tag mit der Integrationsarbeit beginnen. Geflüchtete sollen schnell Zugang zu integrativen Maßnahmen, zu Ausbildung, Arbeit und Wohnen bekommen. Die Sprache ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und eine gelingende Integration. Daher wollen wir allen von Anfang an die Möglichkeit geben, unsere Sprache zu lernen. Bildung ist auch ein Schwerpunkt im Doppelhaushalt 2025/26. Die Ausgaben für Bildung erreichen rund 14,5 Milliarden Euro jährlich: ein historischer Höchststand. Mit SprachFit investieren wir massiv in Sprachförderung in Kitas und Grundschulen. Bis 2031 stehen dafür 2,3 Milliarden Euro bereit.

6. BETEILIGUNG VON BADENWÜRTTEMBERGISCHEN POLIZEIBEAMT*INNEN AN FRONTEX-EINSÄTZEN

Seit Dezember 2015 unterstützt die Polizei Baden-Württemberg die Europäische Grenz- und Küstenwache (FRONTEX). Wie möchten Sie und Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass ein menschenrechtskonformer Umgang mit Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden kann?

2025 befanden sich weltweit zwölf Polizeibeamt*innen aus Baden-Württemberg in internationalen Polizeieinsätzen, darunter zwei bei Frontex Bulgarien und Finnland. Klar ist: Baden-Württemberg darf weder direkt noch indirekt Menschenrechtsverletzungen an EU-Außengrenzen unterstützen.

NESE ERIKLI
Bündnis 90/Die Grünen

7. ABSCHIEBUNGEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

A) Wie ist Ihre Haltung und die Ihrer Partei zur Abschiebehaft und zum Abschiebegefängnis in Pforzheim?

B) Was schlagen Sie und Ihre Partei angesichts der Statistiken, nach denen vielfach Personen in Abschiebehaft rechtswidrig inhaftiert wurden, vor, um rechtskonforme Abläufe in Zusammenhang mit Abschiebehaft zu erreichen?

C) Die derzeitige Bundesregierung hat die pflichtanwaltliche Vertretung für Personen in Abschiebehaft, die erst Anfang 2024 in Kraft getreten war, wieder abgeschafft. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu diesem Regierungsbeschluss?

D) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen?

Es gab Beschwerden über die Zustände in der Pforzheimer Abschiebehafteinrichtung. Deshalb haben grüne Abgeordnete die Einrichtung besucht und mit haupt- und ehrenamtlichen Akteuren gesprochen. Wir fordern vom CDU-geführten Innenministerium Transparenz und Aufklärung bei Beschwerden. Außerdem haben wir den »Runden Tisch Abschiebehaft« initiiert, an dem sich die dort engagierten Akteure versammeln können. Diesen wollen wir in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen.

Wir setzen uns zudem für die unabhängige Rechtsberatung für Menschen in Abschiebehaft ein. In der Ampelregierung haben die Grünen wichtige Änderungen erzielt: die rechtliche Beratung und Prozessvertretung durch eine*n Anwalt*in, Schutz für Minderjährige (keine Abschiebehaft), verbesserter Zugang zu Arbeit für Geflüchtete und Geduldete u.a. Die Leitlinien für die Rückkehr- und Abschiebepraxis in Baden-Württemberg müssen ein rechtsstaatliches und humanitäres Vorgehen gewährleisten. Wir lehnen Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen ab.

NESE ERIKLI
Bündnis 90/Die Grünen

8. REFORM DES GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN ASYLSYSTEMS (GEAS)

A) Die 2024 in Brüssel beschlossene GEAS-Reform soll diesen Sommer in Kraft treten. Wie stehen Sie und Ihre Partei zur GEAS-Reform und insbesondere zu den sogenannten Grenzverfahren?

B) Bei der Umsetzung der Reform haben die Bundesländer gewisse Spielräume z. B. bei der Ausgestaltung der Freiheitsbeschränkungen. Werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass diese Freiräume genutzt werden und wie wollen Sie sich dafür engagieren?

Wir bekennen uns unverrückbar zum Grundrecht auf Asyl und zur Genfer Flüchtlingskonvention. Eine Umsetzung des GEAS in nationales Recht, die diese Grundpfeiler aushöhlen würde, werden wir nicht akzeptieren. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene dafür ein, dass Deutschland die GEAS-Vorgaben rechtsstaatlich und menschenwürdig umsetzt. Das heißt insbesondere, dass der Zugang zu anwaltlicher Beratung und wirksamen Rechtsmitteln gewahrt bleiben muss. Außerdem muss sichergestellt sein, dass vulnerable Gruppen (Kinder, Traumatisierte, Kranke) angemessen geschützt werden.

ANDREA GNANN

CDU

SEEBRÜCKE
KONSTANZ

ANDREA GNANN
CDU

1. KRIMINALISIERUNG DER SEENOTRETTUNG

A) Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sind die Einzigen, die im Mittelmeer Menschen vor dem Ertrinken retten. Ihre Arbeit wird aber seit Jahren kriminalisiert und behindert. Wie stehen Sie und Ihre Partei hierzu?

Die CDU bekennt sich ausdrücklich zu ihrer humanitären und christlichen Verantwortung, Schutzbedürftigen zu helfen und gegen Rassismus vorzugehen. Seenotrettung ist aus unserer Sicht ein Ausdruck dieser Verantwortung. Zugleich legen wir großen Wert auf Recht und Ordnung. Es darf nicht sein, dass Gesetze umgangen oder Sicherheit gefährdet werden. Daher unterstützen wir grundsätzlich lebensrettende Einsätze, erwarten aber, dass diese im Rahmen der Gesetze erfolgen. In Konstanz hat sich die Kreis-CDU klargemacht: Man beteiligt sich nicht an populistischen „Spielchen" der AfD gegen die Seenotrettung, bekundet aber zugleich, dass Rettungsorganisationen transparent und kooperativ mit Behörden zusammenarbeiten sollten. Wir schätzen ziviles Engagement, fordern aber auch, dass geltendes Recht eingehalten wird.

B) Im November 2025 hat die Bundesregierung die Verlängerung des sogenannten Irini-Mandats um ein weiteres Jahr beschlossen. Die künftige Unterstützung und Ausbildung der libyschen Küstenwache durch die Bundeswehr werden darin nicht ausgeschlossen. Wie stehen Sie und Ihre Partei – besonders im Hinblick auf die teils brutale Gewalt der Küstenwache gegen Geflüchtete und Seenotretter*innen – zur Kooperation Deutschlands und der EU mit der libyschen Küstenwache?

Bei Einsätzen wie IRINI steht für uns fest: Wir wollen die Grenzen Europas sichern, zugleich aber dürfen wir Menschenrecht und Menschenwürde niemals aus den Augen verlieren. Es ist bekannt, dass die „libysche Küstenwache" vielfach brutal vorging – dafür ist keinerlei Toleranz angebracht. Eine Zusammenarbeit der EU mit Libyen muss daher engmaschig kontrolliert und an strenge Bedingungen geknüpft werden. Menschenrechtsverletzungen sind inakzeptabel. Gleichzeitig betonen wir, dass der Schutz Europas gesichert sein muss. Die CDU verbindet Humanität mit Ordnung: Wir unterstützen daher Maßnahmen, die Fluchtursachen bekämpfen und legale Wege verbessern, verurteilen aber jede Form staatlich geförderter Gewalt auf See. Wenn Deutschland sich an Aus- oder Fortbildung von libyschen Kräften beteiligt, muss dies durch klare Richtlinien geschehen, die Folter und Misshandlungen unmöglich machen.

ANDREA GNANN
CDU

Generell setzen wir uns für eine gemeinsame europäische Seenotrettung und konsequente Bekämpfung von Schleuserkriminalität ein, ohne dabei die Menschenrechte preiszugeben.

2. THEMA LANDESAUFNAHMEPROGRAMM

A) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu Landesaufnahmeprogrammen für die Aufnahme der Menschen von den europäischen Außengrenzen in Baden-Württemberg?

Unser Landtagswahlprogramm stellt klar: Wir werden keine weiteren Landesaufnahmeprogramme auflegen. Wir verstehen den Wunsch nach Solidarität mit Geflüchteten, aber wir sehen Migration als Aufgabe, die vorrangig auf Bundes- und EU-Ebene geregelt werden muss. Schon heute tragen die Kommunen die Hauptverantwortung für die Unterbringung von Schutzsuchenden; zusätzliche Landesprogramme würden neue Zuständigkeiten schaffen und bürokratische Mehrbelastung auslösen. Vielmehr wollen wir uns auf schnelle, abschließende Verfahren in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen konzentrieren und nur noch Menschen mit Bleibeperspektive in die Kommunen verteilen. Auf diese Weise stärken wir das Vertrauen der Bevölkerung, ohne weitere Landesprogramme zu schaffen.

B) Falls Sie für weitere Landesaufnahmeprogramme sind: Würden Sie eine Koalition mit einer Partei eingehen, die gegen Landesaufnahmeprogramme ist und wenn ja, wie würden Sie mit dieser Meinungsverschiedenheit umgehen?

Da die CDU sich gegen neue Landesprogramme ausspricht, entfällt für uns die Situation, dafür mit Partnern zusammenzugehen, die anders positioniert sind. Grundsätzlich gilt: Koalitionspartner dürfen Unterschiede mitbringen, und wir würden in Gesprächen einen Kompromiss finden. Sollten wir in einer Koalition mit einer Partei sitzen, die anders denkt, würden wir fair verhandeln und versuchen, eine praktikable Lösung zu finden, ohne unsere grundlegenden Positionen aufzugeben. Uns ist wichtig, dass solche Programmpunkte transparent abgestimmt werden. Aber nochmals: Weil wir keine weiteren Aufnahmeprogramme planen, ist dieses Konfliktfeld für uns eher theoretisch; vielmehr wollen wir uns gemeinsam auf praktikable Integrationsmaßnahmen vor Ort konzentrieren.

ANDREA GNANN
CDU

3. AUFNAHMEBEREITSCHAFT DER KOMMUNEN

A) Wie möchten Sie und Ihre Partei konkret das Engagement und die Aufnahmebereitschaft der vielen Kommunen als *Sichere Häfen* unterstützen und Rahmenbedingungen für eine eigenständige kommunale Aufnahme schaffen?

Wir begrüßen es, wenn sich Städte und Gemeinden freiwillig als „Sichere Häfen" engagieren. Der CDU-Bundesvorstand hat zugesagt, dass Kommunen, die sich bereit erklären, zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen, bei der Verteilung von anerkannten Asylbewerbern prioritär berücksichtigt werden. Das entspricht dem Prinzip der kommunalen Selbstverantwortung: Jede Kommune entscheidet eigenständig, ob und wie viele Menschen sie aufnehmen kann. Als Land unterstützen wir dies, indem wir Verfahren möglichst schnell in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen abschließen lassen. So können wir nur diejenigen Geflüchteten auf die Kreise verteilen, die eine bleiberechtliche Perspektive haben. Gleichzeitig prüfen wir laufend, ob die Standards bei Unterbringung und Betreuung angemessen sind, und passen diese an, um Kommunen nicht zusätzlich zu überfordern. Ehrenamtliches Engagement und Kommunalinitiative sind uns wichtig; wir wollen hierfür bürokratische Hürden abbauen und gezielt zusätzliche Fördermittel bereitstellen.

B) Wie werden Sie und Ihre Partei mit Forderungen aus der Zivilbevölkerung für eine zusätzliche Aufnahme von Schutz suchenden Menschen umgehen?

Forderungen aus der Zivilgesellschaft nehmen wir ernst und respektieren das Engagement vieler Mitbürger, die mehr Solidarität zeigen wollen. Die CDU sieht das Ehrenamt als Fundament der Gesellschaft und als maßgeblichen Integrationsmotor. Deshalb wollen wir diese Impulse fördern: Wenn Bürger oder Vereine zusätzliche Aufnahmeangebote machen, ist das ein wertvoller Beitrag. Wir würden darauf achten, dass solche Initiativen organisatorisch unterstützt werden und die Neuankömmlinge entsprechende Betreuung – Sprachkurse, Wohnraum, Schulzugang – erhalten. Allerdings muss dieses zivilgesellschaftliche Engagement mit den rechtlichen Vorgaben und den Kapazitäten unserer Kommunen abgestimmt werden. Wir würden den Dialog suchen: Das Land kann etwa mit Förderprogrammen und Beratung helfen, aber neue Verpflichtungen dürfen nicht einseitig einer Kommune aufgebürdet werden. Unser Ziel ist es, Engagement zu würdigen und zu begleiten, ohne dabei bestehende Strukturen zu überlasten.

ANDREA GNANN
CDU

4. SICHERE BLEIBEPERSPEKTIVEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

A) Wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg sichere Bleibeperspektiven für Schutz suchende Menschen gewährleistet werden können?

Für Menschen mit positivem Asylbescheid oder Bleiberecht arbeiten wir daran, ihnen schnell rechtliche Sicherheit zu geben. Die CDU will, dass Verfahren zügig abgeschlossen werden, damit anerkannte Schutzsuchende rasch in Ausbildung oder Arbeit vermittelt werden und eine Perspektive haben. Dazu gehören intensive Deutsch- und Integrationskurse sowie Unterstützung bei der Jobvermittlung. Die Devise der CDU heißt „Wer sich anstrengt, unsere Sprache spricht und sich einbringt, dem stehen alle Türen offen". Wir wollen deshalb besonders Familien und engagierte Menschen mit guten Chancen fördern – sei es durch Mentoring-Programme in Unternehmen, Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen oder gezielte Förderprogramme für Gründer mit Migrationsgeschichte. Gleichzeitig werden wir verhindern, dass Menschen jahrelang in Rechtsunsicherheit leben; jeder Mensch mit Bleiberecht soll wissen, woran er ist, ohne endlose Verfahren. So schaffen wir sichere Perspektiven im Sinne des Rechtsstaats und unserer christlich-humanitären Verantwortung.

B) Wie möchten Sie oder Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die aktuellen Bleiberechtsoptionen verbessert werden?

Bleiberechtsregelungen sind in erster Linie Bundesrecht. Als CDU wollen wir aber dabei mitwirken, dass die bestehenden Optionen zügig und fair umgesetzt werden. Konkret bedeutet das für uns: Wir werden uns gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass Anerkennungs- und Bleiberechtsregelungen nicht unnötig verschärft werden, wenn Geflüchtete gut integriert sind. Gleichzeitig sollen keine neuen „Für-immer-Regelungen" eingeführt werden, die Härten vergrößern könnten. Wichtiger ist für uns, dass Land und Kommunen aktiv mithelfen: Zum Beispiel durch schnellere Anerkennung von Sprachkenntnissen oder Berufsausbildungen, zusätzliche Deutsch- und Berufsorientierungskurse sowie begleitende Beratungsangebote. Wer sich in Baden-Württemberg integriert, Familie gründet oder einen Job findet, soll künftig ohne langwierige Umwege eine rechtssichere Zukunft hier planen können. Dabei achten wir darauf, dass das Asylrecht

ANDREA GNANN
CDU

gewahrt bleibt und unser Grundgesetz nicht unterlaufen wird.

.

5. GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE GEFLÜCHTETER MENSCHEN

A) Wie kann die gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten Menschen verbessert werden (z. B. Zugang zu Wohnraum, Bildungschancen, Arbeit und Ausbildung)?

Gute gesellschaftliche Teilhabe erfordert Zugang zu den Grundbedürfnissen und Chancen des Alltags: Wohnraum, Bildung, Arbeit und Ausbildung. Die CDU setzt hier vor allem auf Sprache und Beruf – wer Deutsch lernt und arbeitet, integriert sich am besten. Wir wollen daher den Ausbau von Sprach- und Berufssprachkursen fördern sowie gezielt Patenschaften zwischen ortsansässigen Ausbildungsbetrieben und Geflüchteten vermitteln. Beim Wohnraum gilt: Sofern möglich, sollen Geflüchtete dezentral in Wohnungen leben und nicht isoliert in Großunterkünften. Landesmittel und Förderprogramme für sozialen Wohnungsbau sollen denen zugutekommen, die integriert werden können. Bei der Bildung sorgen wir dafür, dass Kinder und Jugendliche von Anfang an Kita oder Schule besuchen – hier kann das Land helfen, indem wir zusätzliche Plätze oder Betreuer bereitstellen. Im Berufs- und Ausbildungsbereich streben wir an, dass Asylbewerber mit Arbeitserlaubnis schneller in Praktika und Lehren kommen, etwa durch erleichterte Anerkennung ihrer Unterlagen und gute Beratung der Unternehmen. Unser Ziel ist, dass Qualifikation und Engagement belohnt werden, weil das allen Seiten nützt.

B) Wie möchten Sie und Ihre Partei die Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe unterstützen?

Die Kommunen leisten schon heute viel für Integration, und der CDU ist bewusst, dass sie dabei Unterstützung brauchen. Deshalb wollen wir das Land stärker einbinden: Beispielsweise sollen Kommunen Mitspracherecht haben bei der Zuteilung von Geflüchteten – freiwillig aufgenommene „Sichere Häfen“ werden bereits bevorzugt. Außerdem benötigen die Städte und Gemeinden finanzielle sowie personelle Ressourcen: Mehr Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich für Integrationskurse, zusätzliche Lehrer und Sozialarbeiter an Schulen, Hilfen für Jobcenter und Ausländerbehörden, damit diese nicht überlastet werden. Die CDU wird sich dafür einsetzen, Förderanträge zu vereinfachen und bürokratische Hürden im Städtebau oder

ANDREA GNANN
CDU

Arbeitsmarkt abzubauen, damit kommunale Projekte – etwa Wohnungsbau oder Kinderbetreuung – schnell realisiert werden können. In vielen Vereinen und Ehrenamtsorganisationen engagieren sich Bürger schon stark für Geflüchtete; wir wollen sie durch pragmatische Hilfe stärken und gleichzeitig dafür sorgen, dass unsere Städte und Gemeinden nicht zu einseitigen Kostenfängern in der Aufnahmeaufgabe werden. Der Grundsatz bleibt: Integration gelingt am besten vor Ort, wenn Staat, Kommune und Zivilgesellschaft im Schulterschluss arbeiten.

6. BETEILIGUNG VON BADENWÜRTTEMBERGISCHEN POLIZEIBEAMT*INNEN AN FRONTEX-EINSÄTZEN

Seit Dezember 2015 unterstützt die Polizei Baden-Württemberg die Europäische Grenz- und Küstenwache (FRONTEX). Wie möchten Sie und Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass ein menschenrechtskonformer Umgang mit Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden kann?

Die Beteiligung der Polizei an EU-Grenzeinsätzen dient dem Schutz der Menschen – gerade auch der Bewohner unseres Landes – und entspricht der föderalen Zusammenarbeit. Dabei darf es aber keine Kompromisse bei Menschenrechten geben. Die CDU-BW fordert, wie im Regierungsprogramm formuliert, „Humanität mit Ordnung zu verbinden“. Für uns bedeutet das: Wenn unsere Beamten an Frontex-Missionen teilnehmen, müssen sie strikt nach rechtsstaatlichen Vorgaben handeln. Wir werden dafür sorgen, dass sie in internationalen Einsätzen ausreichend geschult sind und in Kontakt mit Menschenrechtsbeobachtern stehen. Zugleich stärken wir die Rückführungsstrukturen, um abgelehnte Asylbewerber konsequent in ihre Heimat zurückzuführen. So sichern wir unsere Außengrenzen und schützen zugleich Hilfsbedürftige. Sollten Hinweise auf Fehlverhalten vorliegen, müssen diese sofort transparent untersucht werden. Insgesamt stehen wir dafür ein, dass Baden-Württemberg seinen Beitrag zur Grenzsicherung leistet, ohne Menschen im Mittelmeer oder an den Grenzen ihr Recht zu verweigern.

ANDREA GNANN
CDU

7. ABSCHIEBUNGEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

A) Wie ist Ihre Haltung und die Ihrer Partei zur Abschiebehaft und zum Abschiebegefängnis in Pforzheim?

Abschiebehaft und -gefängnisse sind nach Ansicht der CDU notwendige Instrumente zur Durchsetzung des Ausreiserechts. Wir setzen uns dafür ein, dass ausreisepflichtige Personen konsequent ausreisen oder zurückgeführt werden. Die Abschiebehaft in Pforzheim dient dazu, Abschiebungen zu ermöglichen, wenn Freiwilligkeit scheitert. Gleichzeitig verlangen wir menschenwürdige Bedingungen nach geltendem Recht. Die Haft soll nur so kurz wie nötig sein und Familien möglichst nicht auseinanderreißen. Wichtig ist uns, dass das Personal entsprechend geschult ist und etwa medizinische oder seelsorgerische Betreuung gewährleistet ist. Insgesamt steht für uns der Respekt vor dem Rechtsstaat im Vordergrund: Abschiebehaft muss rechtssicher und nachvollziehbar erfolgen.

B) Was schlagen Sie und Ihre Partei angesichts der Statistiken, nach denen vielfach Personen in Abschiebehaft rechtswidrig inhaftiert wurden, vor, um rechtskonforme Abläufe in Zusammenhang mit Abschiebehaft zu erreichen?

Die Fälle rechtswidriger Inhaftierungen schmerzen auch uns. Um solche Fehler zu vermeiden, schlagen wir vor: Erstens klare Verantwortlichkeiten und Schulungen in den Behörden, damit formelle Fehler nicht mehr passieren. Zweitens mehr Personal oder Digitalisierung, um Abschiebeverfahren zügig abzuschließen – lange Hinhaltetaktiken sollen nicht dazu führen, dass ein Verfahrensende übersehen wird. Drittens eine externe Kontrolle: Ämter und Gerichte sollen stärker beaufsichtigt werden, damit jeder Abschiebehaftfall doppelt überprüft wird. Die CDU steht für die Einhaltung des Rechts. Deshalb werden wir dafür kämpfen, dass Haftbefehle nur ergehen, wenn sie rechtlich einwandfrei sind, und Betroffenen alle Rechtsmittel zur Verfügung stehen.

ANDREA GNANN
CDU

C) Die derzeitige Bundesregierung hat die pflichtanwaltliche Vertretung für Personen in Abschiebehaft, die erst Anfang 2024 in Kraft getreten war, wieder abgeschafft. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu diesem Regierungsbeschluss?

Die Abschaffung der automatischen Pflichtverteidigung in der Abschiebehaft durch den Bund (Anfang 2024 rückgängig gemacht) unterstützen wir grundsätzlich. Jeder Häftling hat weiterhin das Recht auf einen Anwalt, aber wir sind der Auffassung, dass der Staat nicht in jedem Fall zwangsläufig einen Pflichtverteidiger stellen muss – zumal Abschiebeverfahren oft kurz sind. Stattdessen setzen wir darauf, dass Betroffene einfache Möglichkeiten haben, sich selbst einen Anwalt zu nehmen oder sich beraten zu lassen. Generell gilt: Jeder Schritt muss rechtskonform geschehen, wir haben volles Vertrauen in unsere Gerichte, die auch ohne Pflichtverteidiger eine rechtmäßige Prüfung leisten.

D) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen?

Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten oder Jugendhilfeeinrichtungen lehnen wir ausdrücklich ab. Kinder sollten in einer sicheren Umgebung zur Schule gehen oder im Kindergarten betreut werden. Das entspricht unserer christlich-humanitären Verantwortung. Deshalb muss eine behördliche Maßnahme immer kindgerecht erfolgen: Familien sollen möglichst nicht vor den Augen anderer Kinder aufgegriffen werden. In der Regel werden Betroffene im Vorfeld informiert und in Wohnraum abgeholt. Wir setzen darauf, dass in Baden-Württemberg Abschiebungen ausschließlich in dafür vorgesehenen Einrichtungen stattfinden – Kinder und Jugendliche sollen nicht als Mittel der Abschreckung missbraucht werden. Statt Angst zu erzeugen, möchten wir mit gezielten Integrationsangeboten und freiwilligen Rückkehrhilfen arbeiten.

ANDREA GNANN
CDU

8. REFORM DES GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN ASYLSYSTEMS (GEAS)

A) Die 2024 in Brüssel beschlossene GEAS-Reform soll diesen Sommer in Kraft treten. Wie stehen Sie und Ihre Partei zur GEAS-Reform und insbesondere zu den sogenannten Grenzverfahren?

Das CDU-geführte Baden-Württemberg wird die GEAS-Reform wie beschlossen umsetzen. Wir begrüßen, dass künftig Asylverfahren standardisiert und an den EU-Außengrenzen beschleunigt abgewickelt werden. Damit sollen Missbrauch und Schleusung unterbunden werden. Für die CDU ist klar: Wir unterstützen strengere „Grenzverfahren", solange dabei die Mindestrechte gewahrt bleiben. Menschenrechts- und Rechtsstaatsstandards müssen auch im Grenzverfahren gelten. Wir halten es für richtig, dass Dublin-Regeln und etwaige Beschleunigungsmechanismen konsequent angewandt werden, damit diejenigen, die Schutz verdienen, schnell eine Entscheidung bekommen, und diejenigen ohne Perspektive nicht lange in der Ungewissheit bleiben. Insgesamt bleibt für uns wichtig, dass europäische Solidarität mit klaren Regeln verknüpft wird – das ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt der Reform.

B) Bei der Umsetzung der Reform haben die Bundesländer gewisse Spielräume z. B. bei der Ausgestaltung der Freiheitsbeschränkungen. Werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass diese Freiräume genutzt werden und wie wollen Sie sich dafür engagieren?

Baden-Württemberg wird alle ihm zustehenden Handlungsspielräume nutzen, um die Reform verantwortungsbewusst umzusetzen. Konkret heißt das: Wir wollen an Flughäfen und an der Landesgrenze die Voraussetzungen für schnelle Verfahren schaffen. Sollten Länderbefugnisse vorgesehen sein (etwa bei Unterbringungs- oder Sicherungsmaßnahmen), werden wir diese zum Beispiel für zusätzliche Beobachter oder Dolmetscher einsetzen, nicht aber zur Ausweitung von Freiheitsentziehungen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Land über seinen Anteil an Asylverfahren mitwirken kann (z. B. durch Personal in Landeserstaufnahmeeinrichtungen), damit wir Verfahren möglichst schnell abschließen können. Dabei achten wir darauf, dass auch das Recht auf Anhörung und faires Verfahren gewahrt ist. Insgesamt sind wir bereit, aktiv mitzugestalten und etwa im Landtag und in den zuständigen Ausschüssen der Justiz- und Migrationsministerin Rückmeldungen zu geben, wie die GEAS-Umsetzung vor Ort erleichtert und ordnungsgemäß kontrolliert werden kann.

LARS HOFMANN

Die Linke

SEEBRÜCKE
KONSTANZ

LARS HOFMANN
Die Linke

1. KRIMINALISIERUNG DER SEENOTRETTUNG

A) Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sind die Einzigen, die im Mittelmeer Menschen vor dem Ertrinken retten. Ihre Arbeit wird aber seit Jahren kriminalisiert und behindert. Wie stehen Sie und Ihre Partei hierzu?

Die Kriminalisierung der Seenotrettung ist ein politischer Skandal. Menschen aus dem Mittelmeer zu retten ist kein Verbrechen, sondern eine humanitäre Pflicht. Statt zivile Seenotretter*innen zu behindern, festzusetzen oder mit absurden Auflagen zu überziehen, müssten die Staaten eigentlich selbst ihrer Verantwortung nachkommen und für sichere Fluchtwege sorgen. Dass diejenigen verfolgt werden, die Leben retten, während das massenhafte Sterben an Europas Außengrenzen politisch in Kauf genommen wird, ist Ausdruck einer verfehlten und zutiefst unmenschlichen Migrationspolitik. Die Linke steht klar an der Seite der Seenotrettung: Kein Mensch ist illegal – und Solidarität darf nicht kriminalisiert werden! Das steht auch explizit so in unserem Wahlprogramm.

B) Im November 2025 hat die Bundesregierung die Verlängerung des sogenannten Irini-Mandats um ein weiteres Jahr beschlossen. Die künftige Unterstützung und Ausbildung der libyschen Küstenwache durch die Bundeswehr werden darin nicht ausgeschlossen. Wie stehen Sie und Ihre Partei – besonders im Hinblick auf die teils brutale Gewalt der Küstenwache gegen Geflüchtete und Seenotretter*innen – zur Kooperation Deutschlands und der EU mit der libyschen Küstenwache?

Die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache ist kein Grenzschutz, sondern organisierte Menschenrechtsverletzung. Die sogenannte Küstenwache rettet nicht, sie fängt Menschen ab und bringt sie zurück in Folterlager. Dass die EU und auch Deutschland diese Strukturen finanziert und ausbildet, ist ein klarer Bruch des Völkerrechts. Es ist ein Symbol für die „Festung Europa“, für deren Abschottung offenbar kein Deal zu schmutzig ist. Deshalb fordern wir entschieden ein Ende der Kooperation mit der libyschen Küstenwache: Gewalt gegen Schutzsuchende darf nicht politisch legitimiert werden. Die Seenotrettung muss staatlich organisiert werden – und sie muss tatsächlich retten!

LARS HOFMANN
Die Linke

2. THEMA LANDESAUFNAHMEPROGRAMM

A) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu Landesaufnahmeprogrammen für die Aufnahme der Menschen von den europäischen Außengrenzen in Baden-Württemberg?

In unserem Wahlprogramm fordern wir ein eigenes Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete. Das Land darf sich nicht hinter dem Bund verstecken, wenn Menschen Schutz brauchen! Baden-Württemberg kann zusätzlich aufnehmen – dafür muss das Land den Kommunen, die seit Jahren Verantwortung übernehmen und dazu bereit sind, mehr Handlungsspielraum geben. Wir stehen für eine solidarische Aufnahmepolitik, die humanitäre Verantwortung ernst nimmt und Kommunen stärkt statt sie allein zu lassen.

B) Falls Sie für weitere Landesaufnahmeprogramme sind: Würden Sie eine Koalition mit einer Partei eingehen, die gegen Landesaufnahmeprogramme ist und wenn ja, wie würden Sie mit dieser Meinungsverschiedenheit umgehen?

Derzeit stellt sich die Koalitionsfrage für uns nicht – und das ist kein Zufall. Unsere Politik richtet sich entschieden gegen den Mainstream der aktuellen Landespolitik. Wir werden unsere Positionen nicht aus Koalitionskalkül verwässern. Menschenrechte sind für uns grundsätzlich nicht verhandelbar – nicht für eine Regierungsbeteiligung und nicht für Ministerposten. Weder in der Geflüchtetenpolitik, noch sonst wo.

LARS HOFMANN
Die Linke

3. AUFNAHMEBEREITSCHAFT DER KOMMUNEN

A) Wie möchten Sie und Ihre Partei konkret das Engagement und die Aufnahmebereitschaft der vielen Kommunen als *Sichere Häfen* unterstützen und Rahmenbedingungen für eine eigenständige kommunale Aufnahme schaffen?

Viele Kommunen in Baden-Württemberg sind bereit, als Sichere Häfen Verantwortung zu übernehmen. Dieses Engagement wollen wir stärken. Als Die Linke setzen wir uns dafür ein, dass das Land die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen schafft, damit Kommunen eigenständig Geflüchtete aufnehmen können. Dazu gehören ein Landesaufnahmeprogramm sowie eine verlässliche Unterstützung bei Unterbringung, Betreuung und Integration. Kommunen dürfen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden. Dafür steht Die Linke Baden-Württemberg.

B) Wie werden Sie und Ihre Partei mit Forderungen aus der Zivilbevölkerung für eine zusätzliche Aufnahme von Schutz suchenden Menschen umgehen?

Ich werde sie von Herzen begrüßen und nach Kräften unterstützen!

LARS HOFMANN
Die Linke

4. SICHERE BLEIBEPERSPEKTIVEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

A) Wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg sichere Bleibeperspektiven für Schutz suchende Menschen gewährleistet werden können?

Sichere Bleibeperspektiven entstehen nicht allein durch Aufenthaltsrecht, sondern durch soziale Sicherheit, Teilhabe und Schutz vor Ausgrenzung. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Geflüchtete in Baden-Württemberg von Anfang an Zugang zu Wohnen, Bildung, Gesundheitsversorgung und Arbeit haben. Das Land muss Abschiebungen stoppen, menschenwürdige Unterbringung gewährleisten und Geflüchtete in regulären Wohnungen statt in Massenunterkünften unterbringen. Gleiche soziale Rechte und echte Teilhabe sind die Grundlage dafür, dass aus Schutzsuche ein dauerhaftes Ankommen wird.

B) Wie möchten Sie oder Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die aktuellen Bleiberechtsoptionen verbessert werden?

Die bestehenden Bleiberechtsregelungen sind zu restriktiv, zu bürokratisch und produzieren Unsicherheit. Wir setzen uns dafür ein, Bleiberechtsoptionen auszuweiten und zu entfristen, statt Menschen jahrelang in Duldungen festzuhalten. Dazu gehören verlässliche Aufenthaltstitel, erleichterter Familiennachzug, der Abbau aufenthaltsrechtlicher Hürden sowie der gleichberechtigte Zugang zu Arbeit, Ausbildung und sozialer Sicherung. Bleiberecht darf nicht vom ökonomischen Nutzen abhängig gemacht werden, sondern muss sich am Schutz der Menschenwürde orientieren. Die – klar politisch motivierte – Ausweitung der sogenannten „sicheren Herkunftsländer“ muss ein Ende haben!

LARS HOFMANN
Die Linke

5. GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE GEFLÜCHTETER MENSCHEN

A) Wie kann die gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten Menschen verbessert werden (z. B. Zugang zu Wohnraum, Bildungschancen, Arbeit und Ausbildung)?

Gesellschaftliche Teilhabe erfordert gleiche Rechte von Anfang an. Wir setzen uns für den Zugang zu regulärem Wohnraum statt Massenunterkünften, für diskriminierungsfreie Bildung von der Kita bis zur Ausbildung sowie für den Abbau von Arbeitsverboten ein. Qualifikationen müssen schneller anerkannt und sichere Aufenthaltsrechte geschaffen werden, damit Bildung und Arbeit nicht ständig durch Unsicherheit blockiert werden. Teilhabe ist ein soziales Recht, kein Integrationsbonus.

B) Wie möchten Sie und Ihre Partei die Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe unterstützen?

Kommunen können gesellschaftliche Teilhabe nur leisten, wenn sie insgesamt handlungsfähig sind. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Städte und Gemeinden finanziell deutlich besser auszustatten und ihre Aufgaben verlässlich zu finanzieren. Dazu gehören auch mehr günstiger Wohnraum, gut ausgestattete Schulen und Kitas, soziale Infrastruktur und Beratungsangebote für alle. Wenn Kommunen funktionieren und öffentliche Daseinsvorsorge für alle gesichert ist, entsteht Teilhabe im Alltag – und es wird zugleich dem Nährboden für soziale Konkurrenz und Ressentiments entzogen.

LARS HOFMANN
Die Linke

6. BETEILIGUNG VON BADENWÜRTTEMBERGISCHEN POLIZEIBEAMT*INNEN AN FRONTEX-EINSÄTZEN

Seit Dezember 2015 unterstützt die Polizei Baden-Württemberg die Europäische Grenz- und Küstenwache (FRONTEX). Wie möchten Sie und Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass ein menschenrechtskonformer Umgang mit Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden kann?

Wir lehnen Frontex prinzipiell ab. Die Agentur ist für uns kein Instrument des Schutzes, sondern ein zentraler Baustein der Abschottungspolitik der EU, der Menschenrechte systematisch verletzt und illegale Pushbacks durchführt. Wir fordern die Auflösung von Frontex und ihren Ersatz durch ein ziviles, menschenrechtskonformes Programm zur Seenotrettung und Grenzsicherung, das Leben schützt und nicht abwehrt. Grenzschutz muss den Schutz von Menschenleben und das Asylrecht in den Mittelpunkt stellen – nicht die Abschreckung und Rückweisung schutzsuchender Menschen.

LARS HOFMANN
Die Linke

7. ABSCHIEBUNGEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

A) Wie ist Ihre Haltung und die Ihrer Partei zur Abschiebehaft und zum Abschiebegefängnis in Pforzheim?

Abschiebehaft lehnen wir grundsätzlich ab. Freiheitsentzug darf kein Mittel der Migrationspolitik sein – insbesondere nicht gegenüber Menschen, die überhaupt keine Straftat begangen haben, sondern Schutz suchen. Das Abschiebegefängnis Pforzheim ist Ausdruck genau dieser Praxis: ein Ort, an dem Menschen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten werden, obwohl es sich nicht um Strafvollzug handelt! Das ist Ausdruck einer Politik der Abschreckung, die rechtstaatliche Grenzen immer weiter verschiebt.

B) Was schlagen Sie und Ihre Partei angesichts der Statistiken, nach denen vielfach Personen in Abschiebehaft rechtswidrig inhaftiert wurden, vor, um rechtskonforme Abläufe in Zusammenhang mit Abschiebehaft zu erreichen?

Die Abschaffung der Abschiebehaft! Solange sie dennoch angewendet wird, braucht es mindestens rechtsstaatliche Sicherungen, die diese Praxis wirksam begrenzen: strenge richterliche Prüfung statt Routine, verbindliche Qualitäts- und Dokumentationsstandards in den Behörden, ein konsequentes Monitoring durch unabhängige Stellen sowie kostenfreie, sofortige Rechtsberatung für Betroffene, damit Haftentscheidungen überhaupt effektiv überprüft werden können. Wo rechtswidrige Inhaftierungen passieren, müssen sie transparent aufgearbeitet und Verantwortlichkeiten geklärt werden – inklusive Entschädigung für Betroffene.

C) Die derzeitige Bundesregierung hat die pflichtanwaltliche Vertretung für Personen in Abschiebehaft, die erst Anfang 2024 in Kraft getreten war, wieder abgeschafft. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu diesem Regierungsbeschluss?

Dazu fehlen mir schlicht die Worte. Das ist staatlich angeordnete Rechtlosigkeit. Dem werden wir uns mit aller Kraft entgegenstellen.

D) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen?

Ich selbst musste als Jugendlicher miterleben, wie Freunde plötzlich nicht mehr da waren: abgeschoben, von heute auf morgen verschwunden. Noch traumatischer ist es natürlich,

LARS HOFMANN
Die Linke

wenn Kinder und Jugendliche direkt aus Schulen und Kindergärten etc. herausgeholt werden. Das darf so nicht weitergehen. Auch die Abschiebung aus Krankenhäusern, Kirchen oder eine Abholung in den Nachtstunden müssen gestoppt werden. Falls Abschiebungen überhaupt gerechtfertigt werden können, muss dafür ein menschenwürdiges Verfahren gefunden werden, dass die Betroffenen nicht unvorbereitet aus ihren Lebensvollzügen reißt, sondern ihnen Zeit gibt, ihre Angelegenheiten zu ordnen.

8. REFORM DES GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN ASYLSYSTEMS (GEAS)

A) Die 2024 in Brüssel beschlossene GEAS-Reform soll diesen Sommer in Kraft treten. Wie stehen Sie und Ihre Partei zur GEAS-Reform und insbesondere zu den sogenannten Grenzverfahren?

Wir lehnen die GEAS-Reform und insbesondere die Grenzverfahren ab. Schnell- und Grenzverfahren bergen das Risiko, dass Asylrechte faktisch ausgehöhlt werden, weil Schutzsuchende keinen ausreichenden Zugang zu fairen Verfahren, rechtlicher Beratung und wirksamen Rechtsmitteln haben. Dahinter steht eine Abschottungslogik, die Grundrechte gefährdet und an den EU-Außengrenzen Haft- oder quasi-Haftbedingungen etabliert. Die Linke steht für den Schutz des Asylrechts – nicht für seine systematische Einschränkung.

B) Bei der Umsetzung der Reform haben die Bundesländer gewisse Spielräume z. B. bei der Ausgestaltung der Freiheitsbeschränkungen. Werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass diese Freiräume genutzt werden und wie wollen Sie sich dafür engagieren?

Ja. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Spielräume bei der Umsetzung der GEAS-Reform im Sinne der Grund- und Menschenrechte genutzt werden. Das heißt konkret: Freiheitsbeschränkungen so weit wie möglich vermeiden, keine haftähnlichen Bedingungen zulassen, Bewegungsfreiheit sichern und den Zugang zu unabhängiger Rechtsberatung von Beginn an garantieren. Wo Grenz- oder beschleunigte Verfahren vorgesehen sind, müssen sie transparent kontrolliert, eng begrenzt und rechtlich überprüfbar sein. Die Linke Baden-Württemberg wird parlamentarisch wie öffentlich Druck machen, damit Landesrecht und Verwaltungspraxis nicht zur Verschärfung beitragen, sondern Schaden begrenzen und Rechte schützen.

FRANK ORTOLF

SPD



FRANK ORTOLF
SPD

1. KRIMINALISIERUNG DER SEENOTRETTUNG

A) Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sind die Einzigen, die im Mittelmeer Menschen vor dem Ertrinken retten. Ihre Arbeit wird aber seit Jahren kriminalisiert und behindert. Wie stehen Sie und Ihre Partei hierzu?

Die SPD fordert eine staatliche Gewährleistung der Seenotrettung durch die EU gemäß internationalem Seerecht und lehnt die Kriminalisierung ziviler Seenotretter ab. Wir fordern eine europäisch koordinierte Seenotrettungsmission, mit der die Kräfte der Mitgliedstaaten gebündelt und durch Frontex unterstützt werden sollen. NGO müssen ohne Angst vor Kriminalisierung Rettungen durchführen können.

B) Im November 2025 hat die Bundesregierung die Verlängerung des sogenannten Irini-Mandats um ein weiteres Jahr beschlossen. Die künftige Unterstützung und Ausbildung der libyschen Küstenwache durch die Bundeswehr werden darin nicht ausgeschlossen. Wie stehen Sie und Ihre Partei – besonders im Hinblick auf die teils brutale Gewalt der Küstenwache gegen Geflüchtete und Seenotretter*innen – zur Kooperation Deutschlands und der EU mit der libyschen Küstenwache?

Wir fordern eine EU-weite, staatlich koordinierte Seenotrettung, die Menschen sicher in europäische Häfen bringt, statt libysche Milizen zu stärken, die Tausende ins Unglück stürzen. Die SPD fordert anschließend an oben Gesagtes eine EU-weite, staatlich koordinierte Seenotrettung und vor allem keine Kooperation mit Gewaltakteuren. Die Verlängerung des Irini-Mandats im November 2025 ist für uns inakzeptabel; sie verstößt gegen internationales Seerecht und Menschenrechte, da Libyen kein sicherer Hafen ist.

FRANK ORTOLF
SPD

2. THEMA LANDESAUFNAHMEPROGRAMM

A) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu Landesaufnahmeprogrammen für die Aufnahme der Menschen von den europäischen Außengrenzen in Baden-Württemberg?

Die SPD befürwortet Landesaufnahmeprogramme für Geflüchtete von EU-Außengrenzen. Landesaufnahmeprogramme sind für uns zentraler Bestandteil einer gerechten Migrationspolitik. Wir fordern mehr Landesmittel für Unterkunft und Integration. Baden-Württemberg soll aktiv an Aufnahmesystemen teilnehmen, statt EU-Außengrenzen allein zu belasten.

B) Falls Sie für weitere Landesaufnahmeprogramme sind: Würden Sie eine Koalition mit einer Partei eingehen, die gegen Landesaufnahmeprogramme ist und wenn ja, wie würden Sie mit dieser Meinungsverschiedenheit umgehen?

Nein, die SPD würde keine Koalition mit einer Partei eingehen, die gegen Landesaufnahmeprogramme ist, da dies grundlegend mit unserem Bekenntnis zu Asylrecht, Solidarität und Menschenwürdigkeit kollidiert.

FRANK ORTOLF
SPD

3. AUFNAHMEBEREITSCHAFT DER KOMMUNEN

A) Wie möchten Sie und Ihre Partei konkret das Engagement und die Aufnahmebereitschaft der vielen Kommunen als *Sichere Häfen* unterstützen und Rahmenbedingungen für eine eigenständige kommunale Aufnahme schaffen?

Die SPD-Fraktion in Konstanz stimmte 2018 für die Erklärung zur „Stadt Sicherer Hafen". Im Kreis befürwortet die SPD-Kreisfraktion die Aufnahmebereitschaft über die Quote hinaus und kommunale Solidarität. Konkrete Maßnahmen sind die Erhöhung der Landesmittel für Unterkunft, Integration und Betreuung zur finanziellen Entlastung der Kommunen und eine mehrjährige Zusage für Planungssicherheit. Des Weiteren ein massiver Kapazitätsausbau von Erstaufnahmeeinrichtungen und die Förderung der dezentralen Unterbringung.

B) Wie werden Sie und Ihre Partei mit Forderungen aus der Zivilbevölkerung für eine zusätzliche Aufnahme von Schutz suchenden Menschen umgehen?

Wir begrüßen Forderungen der Zivilgesellschaft für eine zusätzliche Aufnahme von Schutzsuchenden als Ausdruck humanitärer Solidarität und setzen uns für deren Umsetzung ein. Neben oben genannter finanzieller Entlastung der Kommunen gilt es in diesem Fall, die ehrenamtlichen Strukturen zu stärken und auszubauen.

FRANK ORTOLF
SPD

4. SICHERE BLEIBEPERSPEKTIVEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

A) Wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg sichere Bleibeperspektiven für Schutz suchende Menschen gewährleistet werden können?

Wir setzen auf eine Stärkung der LEAs als Wohngruppen statt Massenquartieren, inklusive psychosozialer/rechtlicher Beratung, Dolmetschern und Freizeitangeboten. Wir erweitern Beratungsangebote und Vorabprognosen, um prekäre Duldungen in stabile Aufenthaltstitel umzuwandeln. Schnelle Arbeitsmarktintegration, Anerkennung ausländischer Abschlüsse und der Ausbau der dezentralen Unterbringung sind weitere Punkte, um die Bleibeperspektiven zu verbessern.

B) Wie möchten Sie oder Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die aktuellen Bleiberechtsoptionen verbessert werden?

Der Chancen-Aufenthalt soll erweitert werden und flexibler für Personen mit Beschäftigung, B1-Sprachniveau oder langjährigem Aufenthalt angewendet werden können. Das Bleiberecht soll bei nachgewiesener Arbeit/Ausbildung greifen und ein Abschiebungsstopp für Integrierte gelten, statt diese pauschal auszuweisen. Zudem setzen wir uns für den Schutz vulnerabler Gruppen ein, also ein erleichterter Titel für Familien mit schulpflichtigen Kindern, queeren Personen und Opfern von Gewalt.

FRANK ORTOLF
SPD

5. GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE GEFLÜCHTETER MENSCHEN

A) Wie kann die gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten Menschen verbessert werden (z. B. Zugang zu Wohnraum, Bildungschancen, Arbeit und Ausbildung)?

Die Verbesserung der Teilhabe von Geflüchteten durch gezielte Förderung ist eine zentrale Forderung der SPD. Konkret fordern wir flächendeckende Deutschkurse mit außerschulischen Angeboten, insbesondere für Kinder und Jugendliche in Regelschulen; Schulbegleitung und Förderung von Frauen in Weiterbildung, um Bildungskluft zu schließen; sofortiges Qualifikationsassessment in Erstaufnahmen; Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Jobvermittlung; Mentoring, Praktika und Ausbildungsquoten. Wer B1-Sprachniveau erreicht und eine Arbeitsstelle hat, erhält Bleibeperspektive.

B) Wie möchten Sie und Ihre Partei die Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe unterstützen?

Wir setzen uns ein für den dezentralen Ausbau von Unterkünften, den Ausbau des Integrationsmanagements, mehrjährige Landesmittel zur Entlastung der Kommunen, Förderung ehrenamtlicher Initiativen für Übergangswohnungen und Vermittlung von privatem Wohnraum. Wir wollen ein ständiges Gremium mit Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und Geflüchtetenvertretern für Austausch und jährliche Handlungsempfehlungen aufbauen.

FRANK ORTOLF
SPD

6. BETEILIGUNG VON BADENWÜRTTEMBERGISCHEN POLIZEIBEAMT*INNEN AN FRONTEX-EINSÄTZEN

Seit Dezember 2015 unterstützt die Polizei Baden-Württemberg die Europäische Grenz- und Küstenwache (FRONTEX). Wie möchten Sie und Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass ein menschenrechtskonformer Umgang mit Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden kann?

Wir fordern strenge Kontrollen, Schulungen und Transparenz. Konkrete Maßnahmen sind unabhängige Grundrechtskontrollen durch ein unabhängiges Kontrollgremium mit Landtagsabgeordneten und NGOs, Sanktionierung von Gewaltakten, Pflichtschulungen zu Menschenrechten, anonyme interne Meldestellen für Verstöße mit sofortigem Rückzug bei systematischer Missachtung von Asylrechten.

Zudem unterstützen wir keine FRONTEX-Operationen, die mit Drittländern wie Libyen kooperieren, solange kein sicherer Hafen nachgewiesen ist. Stattdessen muss der Fokus auf staatlicher Seenotrettung und fairen Asylverfahren an den EU-Grenzen liegen.

FRANK ORTOLF
SPD

7. ABSCHIEBUNGEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

A) Wie ist Ihre Haltung und die Ihrer Partei zur Abschiebehaft und zum Abschiebegefängnis in Pforzheim?

Die SPD lehnt eine menschenunwürdige Abschiebehaft ab und kritisiert das Abschiebegefängnis Pforzheim wegen unzureichender Transparenz und Haftbedingungen. Abschiebehaft ist für uns das allerletzte Mittel. Wir fordern Alternativen wie offene Rückführungseinrichtungen und Meldepflichten, um Freiheitsentziehungen zu vermeiden.

B) Was schlagen Sie und Ihre Partei angesichts der Statistiken, nach denen vielfach Personen in Abschiebehaft rechtswidrig inhaftiert wurden, vor, um rechtskonforme Abläufe in Zusammenhang mit Abschiebehaft zu erreichen?

Regelmäßige unabhängige Kontrollen durch NGOs und Landtagskommissionen und das Bleiberechte für Integrierte als Mittel, um rechtskonforme Abläufe in Zusammenhang mit Abschiebehaft sicherzustellen. Abschiebungen soll es nur bei Straftätern und Gefährdern nach fairem Verfahren geben. Vierteljährliche Berichte zu Rechtswidrigkeiten mit Sanktionen für Behörden, Ausbau offener Rückführungsstellen und die Pflicht zu Rechtsbeistand und psychosozialer Begleitung vor Inhaftierung, um vulnerable Gruppen zu schützen, sind weitere Forderungen der SPD hierzu.

C) Die derzeitige Bundesregierung hat die pflichtanwaltliche Vertretung für Personen in Abschiebehaft, die erst Anfang 2024 in Kraft getreten war, wieder abgeschafft. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu diesem Regierungsbeschluss?

Die SPD lehnt die Abschaffung der pflichtanwaltlichen Vertretung in der Abschiebehaft als Rückschritt für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte ab. Der Beschluss der Bundesregierung schafft Willkür und benachteiligt vulnerable Personen ohne Beratung; Wir fordern die sofortige Wiedereinführung als Grundrecht gemäß EU-Recht und Grundgesetz. Statt Abbau wollen wir die Regelung ausbauen – mit Qualitätssicherung für Anwälte und regelmäßigen Evaluierungen, um Abschiebehaft menschenwürdig und rechtskonform zu gestalten.

FRANK ORTOLF
SPD

D) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen?

Die SPD Baden-Württemberg lehnt Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen als traumatisierend und menschenunwürdig entschieden ab. Wir fordern ein landesweites Verbot und Meldepflichten für Behörden mindestens 14 Tage im Voraus, damit Alternativen wie häusliche Abholung genutzt werden können. Abschiebung soll es nur bei schweren Straftaten nach richterlicher Prüfung und mit psychosozialer Begleitung geben.

8. REFORM DES GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN ASYLSYSTEMS (GEAS)

A) Die 2024 in Brüssel beschlossene GEAS-Reform soll diesen Sommer in Kraft treten. Wie stehen Sie und Ihre Partei zur GEAS-Reform und insbesondere zu den sogenannten Grenzverfahren?

Die SPD unterstützt die GEAS-Reform als notwendigen Kompromiss für eine solidarischere EU-Asylpolitik, kritisiert aber die Grenzverfahren wegen ihrer Härte gegenüber Schutzsuchenden. Die Reform schafft klare Regeln für Verantwortungs- und Solidaritätsmechanismen, reduziert Sekundärmigration und entlastet Grenzstaaten durch faire Verteilung. Wir fordern eine mildere Anwendung der Grenzverfahren. Leistungskürzungen sind abzulehnen, um die Menschenwürde zu wahren.

B) Bei der Umsetzung der Reform haben die Bundesländer gewisse Spielräume z. B. bei der Ausgestaltung der Freiheitsbeschränkungen. Werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass diese Freiräume genutzt werden und wie wollen Sie sich dafür engagieren?

Ja, die SPD wird die Spielräume bei der GEAS-Umsetzung konsequent nutzen, um Freiheitsbeschränkungen zu minimieren und Menschenrechte zu wahren. Unter anderem setzen wir uns für eine offene, dezentrale Unterbringung ein statt geschlossenen oder haftähnlichen Einrichtungen sowie für einen garantierten Zugang zu Beratung, Anwälten, Dolmetschern, Schule und Gesundheitsversorgung.

YANNICK FIECHTNER

VOLT

SEEBRÜCKE
KONSTANZ

YANNICK FIECHTNER
Volt

1. KRIMINALISIERUNG DER SEENOTRETTUNG

A) Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sind die Einzigen, die im Mittelmeer Menschen vor dem Ertrinken retten. Ihre Arbeit wird aber seit Jahren kriminalisiert und behindert. Wie stehen Sie und Ihre Partei hierzu?

Ich finde es zunächst traurig, dass die Zivilgesellschaft in dieser Hinsicht überhaupt erst institutionelles, staatliches Versagen ausgleichen muss. Darüber hinaus spreche ich mich entschieden gegen die Kriminalisierung von Akteur*innen der zivilen Seenotrettung aus.

B) Im November 2025 hat die Bundesregierung die Verlängerung des sogenannten Irini-Mandats um ein weiteres Jahr beschlossen. Die künftige Unterstützung und Ausbildung der libyschen Küstenwache durch die Bundeswehr werden darin nicht ausgeschlossen. Wie stehen Sie und Ihre Partei – besonders im Hinblick auf die teils brutale Gewalt der Küstenwache gegen Geflüchtete und Seenotretter*innen – zur Kooperation Deutschlands und der EU mit der libyschen Küstenwache?

Ich finde, Kooperationen der Bundeswehr sollten grundsätzlich unter humanitären Gesichtspunkten gestaltet werden. Die Vorwürfe gegen die libysche Küstenwache disqualifizieren daher meiner Meinung nach das Irini-Mandat als Kooperationsprogramm.

YANNICK FIECHTNER
Volt

2. THEMA LANDESAUFNAHMEPROGRAMM

A) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu Landesaufnahmeprogrammen für die Aufnahme der Menschen von den europäischen Außengrenzen in Baden-Württemberg?

Ich befürworte Aufnahmeprogramme auch von Landesseite.

B) Falls Sie für weitere Landesaufnahmeprogramme sind: Würden Sie eine Koalition mit einer Partei eingehen, die gegen Landesaufnahmeprogramme ist und wenn ja, wie würden Sie mit dieser Meinungsverschiedenheit umgehen?

Ich würde mich nur für eine solche Koalition aussprechen, sofern die Partnerpartei hier zu einem Kompromiss bereit wäre, der die Aufnahme von Menschen ermöglicht.

3. AUFNAHMEBEREITSCHAFT DER KOMMUNEN

A) Wie möchten Sie und Ihre Partei konkret das Engagement und die Aufnahmebereitschaft der vielen Kommunen als *Sichere Häfen* unterstützen und Rahmenbedingungen für eine eigenständige kommunale Aufnahme schaffen?

Ich spreche mich grundsätzlich für mehr kommunale Selbstbestimmung aus. Dies verschafft den Kommunen auch hinsichtlich der Aufnahmepolitik mehr Spielraum.

B) Wie werden Sie und Ihre Partei mit Forderungen aus der Zivilbevölkerung für eine zusätzliche Aufnahme von Schutz suchenden Menschen umgehen?

Ich begrüße diese Forderungen und werde grundsätzlich als Advokat einer menschlichen Asylpolitik agieren.

YANNICK FIECHTNER
Volt

4. SICHERE BLEIBEPERSPEKTIVEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

A) Wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg sichere Bleibeperspektiven für Schutz suchende Menschen gewährleistet werden können?

Ich werde mich dafür einsetzen, inklusionshemmende bürokratische Vorschriften abzubauen, um den Menschen eine schnelle und dauerhafte Integration zu ermöglichen.

B) Wie möchten Sie oder Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die aktuellen Bleiberechtsoptionen verbessert werden?

Ich möchte mich für einen schnelleren und unbürokratischeren Erwerb dauerhafter Aufenthaltsrechte einsetzen.

5. GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE GEFLÜCHTETER MENSCHEN

A) Wie kann die gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten Menschen verbessert werden (z. B. Zugang zu Wohnraum, Bildungschancen, Arbeit und Ausbildung)?

Die Auflösung von Exklusionspraktiken wie die unwürdige Unterbringung in Asylunterkünften bietet die Chance, geflüchteten Menschen einen besseren Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe zu verschaffen.

B) Wie möchten Sie und Ihre Partei die Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe unterstützen?

Ich möchte den Kommunen grundsätzlich mehr Mittel zur Verfügung stellen, um die Aufnahme und Inklusion von geflüchteten Menschen zu unterstützen.

YANNICK FIECHTNER
Volt

6. BETEILIGUNG VON BADENWÜRTTEMBERGISCHEN POLIZEIBEAMT*INNEN AN FRONTEX-EINSÄTZEN

Seit Dezember 2015 unterstützt die Polizei Baden-Württemberg die Europäische Grenz- und Küstenwache (FRONTEX). Wie möchten Sie und Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass ein menschenrechtskonformer Umgang mit Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden kann?

Als Mitglied einer europäisch organisierten Partei unterstütze ich grundsätzlich europäisch koordinierte Vorgehensweisen. Dabei spreche ich mich jedoch für mehr parlamentarische Kontrolle und umfassende Rechenschaftspflichten exekutiver Institutionen aus. Im Falle Frontex wäre diese Kontrolle durch das europäische Parlament zu gewährleisten, im Falle der baden-württembergischen Polizei durch den Landtag. Eine Kooperation müsste daher doppelter parlamentarischer Kontrolle unterliegen.

YANNICK FIECHTNER
Volt

7. ABSCHIEBUNGEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

A) Wie ist Ihre Haltung und die Ihrer Partei zur Abschiebehaft und zum Abschiebegefängnis in Pforzheim?

Ich bin der Meinung, Abschiebehaft gefährdet die Menschenrechte. Freiheitsentzug darf nur das allerletzte Mittel sein.

B) Was schlagen Sie und Ihre Partei angesichts der Statistiken, nach denen vielfach Personen in Abschiebehaft rechtswidrig inhaftiert wurden, vor, um rechtskonforme Abläufe in Zusammenhang mit Abschiebehaft zu erreichen?

Ich fordere rechtliche Mindeststandards sowie die konsequente Durchsetzung richterlicher Einzelfallprüfungen, um polizeilicher Willkür vorzubeugen.

C) Die derzeitige Bundesregierung hat die pflichtanwaltliche Vertretung für Personen in Abschiebehaft, die erst Anfang 2024 in Kraft getreten war, wieder abgeschafft. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu diesem Regierungsbeschluss?

Ich mache keinen Hehl aus meiner Kritik an der derzeitigen Bundesregierung. Sie verwandelt das Land in einen Polizeistaat. Diese Abschaffung dieses zentralen Schutzinstruments für Geflüchtete ist dabei nur eine von vielen in meinen Augen ablehnenswerten Maßnahmen.

D) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen?

Besonders die Abschiebung vulnerabler Gruppen halte ich für höchst verwerflich und lehne daher Abschiebungen Minderjähriger aus den genannten Einrichtungen grundsätzlich ab.

YANNICK FIECHTNER
Volt

8. REFORM DES GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN ASYL-SYSTEMS (GEAS)

A) Die 2024 in Brüssel beschlossene GEAS-Reform soll diesen Sommer in Kraft treten. Wie stehen Sie und Ihre Partei zur GEAS-Reform und insbesondere zu den sogenannten Grenzverfahren?

Ich sehe besonders die Beschleunigung von Abschiebeverfahren durch die GEAS-Reform kritisch und lehne diese Reform daher ab.

B) Bei der Umsetzung der Reform haben die Bundesländer gewisse Spielräume z. B. bei der Ausgestaltung der Freiheitsbeschränkungen. Werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass diese Freiräume genutzt werden und wie wollen Sie sich dafür engagieren?

Ja, ich werde mich dafür einsetzen, dass Baden-Württemberg die Spielräume nutzt, um Freiheitsbeschränkungen zu vermeiden. Daher werde ich mich parlamentarisch für eine Ausgestaltung dieser Freiräume zugunsten von Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit einsetzen.



Wir bedanken uns bei allen Kandidat*innen für ihre Antworten.

SEEBRÜCKE
KONSTANZ